

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1923

19.12.1923 (No. 290)

In Danzig

fanden am 18. November die Wahlen zum Volksrat statt. Aus diesem Anlaß wird der Allg. Rundschau Nr. 49 bezüglich der Bedeutung des Wahlergebnisses folgendes geschrieben:

Die Wahlen zum Danziger Volksrat am 18. November bedeuten einen vollen Sieg des Deutschtums. Die Behauptung der Polen, daß das Polentum in Danzig immer mehr erstarbe, ist am Wahltage förmlich zusammengebrochen. Dabei muß man sich die unpopuläre Wahlpropaganda vergegenwärtigen, welche die Polen betreiben haben. Sie lieferten in den Wochen vor den Wahlen insbesondere an die Arbeiterbevölkerung Danzigs billige Kohlen, billiges Brot, billige Kartoffeln in ungeheurer Menge. Ein Erwerbsloser wurde Lebensmittel umsonst verteilt.

Für die Wahlpropaganda wurde von den Polen eigene Zeitung in deutscher Sprache, die 'Nationale Presse', ins Leben gerufen und monatlich in Tausenden von Exemplaren täglich umsonst verteilt. In der polnischen Presse lieferten die Polen die polnische Partei ist die Vertreter der gesamten Bevölkerung Danzigs deutscher und polnischer Sprache. Die polnischen Wahlkreise trafen in den Wahlverhandlungen in deutscher Sprache für die polnische Partei. Das geht aus dem Bericht der polnischen Partei aus dem Reichstag in Danzig; denn es kam der polnische Republik alle daran, in allen nur erdenklichen Mitteln die Stimmenzahl der polnischen Partei zu erhöhen, um der Welt zu zeigen, daß das Polentum in Danzig zunimmt. Der Wahlkampf der polnischen Partei der oberen polnischen Wahlkreis in Danzig, der die Wahlen in Danzig sind, erinnert auch, daß die Wahlen ein Beweis sind für eine Zugehörigkeit zu polnischen Nation. Beispiel, daß die Kraft der polnischen Nation hier in Danzig wächst zum Nutzen anderer Völker.

Und was war der Erfolg dieser ungesunden politischen Wahlpropaganda? Die Polen verloren im Verhältnis zur letzten Volksratswahl 1920 oder 25 Proz. ihrer Stimmen. Im letzten Volksrat hatten die Polen sieben Sitze, im neuen haben sie nur fünf. Die Gesamtzahl der Mitglieder des Danziger Volksrates beträgt 120. Unter diesen 120 Mitgliedern sind 115 Deutsche und nur 5 Polen, ein Beweis, daß die freie Stadt Danzig deutsch ist.

Dieser einmalige Wähler Sieg der polnischen Stimmen wird einen Widerstand finden, der weit über die Grenzen der freien Stadt Danzig hinausgeht. In Genuß, London, New York und Paris, wo Polen stets auf das größte Bemühen war, den deutschen Charakter Danzigs in Zweifel zu ziehen, wird die erneute starke Ausdehnung der Danziger Bevölkerung zum Deutschtum sicher einen tiefen Eindruck machen.

Soraq sagt: „Und wenn du die Natur mit der Drogenbelohnung hinanziehst, sie wird immer wieder ihr Recht behaupten.“ Der Verfall der Vertrag enthält unter den beiden Verträgen, die ihm eigen sind, auch die Trennung Danzigs vom deutschen Reich. Die dadurch herbeigeführte Neutralisierung Danzigs müßte die Polen gern in eine Polonisierung umwandeln. Aber Danzig bleibt, was es war: eine deutsche Stadt, bis die Verhältnisse von Versailles durch die Vernunft wieder aufgehoben sind.



Die Sanierung der bad. Finanzen.

Nachdem wir gestern kurz die Grundgedanken der wichtigsten Ausführungen über die Sanierung der badischen Finanzen zur Kenntnis gebracht haben, tragen wir heute ausführlich die Darlegungen nach, die der Staatspräsident Dr. Kähler in der Kreiserversammlung mitteilte.

Die Finanzen des badischen Staates waren bis in den Sommer hinein durchaus gesund. Die seit mehreren Jahren geübte Sparpolitik und Einschränkung auf allen Gebieten hat den Erfolg, daß das Rechnungsjahr 1922, das am 31. März 1923 zu Ende ging, ohne Defizit abging. Die bekannten politischen und wirtschaftlichen Vorgänge des Sommers und Herbstes dieses Jahres brachten aber auch die badischen Finanzen ins Wanken. Der Währungszerfall übte auf die gesamte Staatswirtschaft einen geradezu zerstörenden Einfluß aus. Soll die Währung saniert werden, so muß bei der Wirtschaft beronnen werden, denn die Währung ist der Ausdruck des Standes der Wirtschaft, auch der Staatswirtschaft. Das Programm, das sich die badische Finanzverwaltung selbst stellte, heißt deshalb: nach größter Einfachheit in der gesamten Staatsverwaltung, weitestgehende Einschränkung des Staates, sowie die Erhaltung der Arbeitsleistung und die Erhaltung der Wirtschaft, vor allem eine gerechte aber strenge, von der Parteipolitik losgelassene Steuerpolitik. Nachstes Ziel war aber geboten.

Die gesamte Papiermasse des Staates wird heute mit dem 14. November 1923 abgeschrieben. Für die Zeit vom 15. November 1923 bis 31. März 1924

wurde ein Goldmarkt aufgestellt. Man kann ihn geradezu einen Armeleute-Geldmarkt nennen. Sämtliche sachliche Ausgaben werden nicht nur am Ende des Jahres, sondern auch während des Jahres noch durchgängig um 50 Proz. gedrosselt. Alle irgendwie entbehrlichen Ausgaben wurden gestrichelt. Das Ergebnis dieses strengen Durchgreifens ist, daß im ordentlichen Etat für die 4½ Monate die Einnahmen um 5 Millionen Goldmark höher sind, als die Ausgaben. Der außerordentliche Etat allerdings schließt mit einem Mehrbetrag an Ausgaben von rund 17 Millionen Goldmark ab; das kommt daher, daß für die Erwerbslosenfürsorge rund 16 Millionen Goldmark eingestellt

werden mußten. Ein gewaltiger Betrag. Aber Baden hat seit Wochen wesentlich mehr Erwerbslose als die Nachbarländer. Für die badische Finanzverwaltung stand es von vornherein fest, daß der Preisbetrag von rund (17 - 5 =) 12 Millionen Mark, der lediglich durch die gewaltige Erwerbslosenfürsorge entsteht, unter allen Umständen Deckung finden mußte. Denn er ist so groß, daß er unsere ganze Finanzwirtschaft geradezu zerstören würde, wenn man ihn ungebrochen ließe.

Als Steuerquelle kann für das Land nur die Grund- und Gewerbesteuer in Betracht kommen. Diese Steuer brachte im Frieden und auch noch im Jahre 1920 ein Erträgnis von rund 13 Millionen. Heute bringen die Vorauszahlungen für 1923 auch nach der Umstellung auf Gold noch 5 Millionen. Eine Erhöhung ist deshalb durchaus fraglich. In dem Maße, das das Staatsministerium dieser Tage über den Goldmarkt berichtet hat, ist deshalb zur Abdeckung der einmaligen Ausgabe für Erwerbslosenfürsorge in diesem Winter für die nächsten drei Monate ein einmaliger Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer für 1923 vorgesehen.

Dieser soll aber — entsprechend der dreizehnten Wirtschaftsklage und dem Charakter des Defizits — nicht die gesamten Grund- und Gewerbesteuererträge erfassen, sondern nur die stärkeren und stärkeren Einkommen. Von Zuschlag befreit sind deshalb alle diejenigen, deren Vorauszahlungsbetrag auf 30. September 1923 weniger als 1 Goldmark beträgt. Der Rest der Steuerpflichtigen hat einen Zuschlag zu leisten, der in drei Klassen erhoben wird und jedesmal beträgt, bei einer Vorauszahlungsbetrag von 1 Goldmark bis einschließlich 16 Goldmark das Dreifache dieser Schuld, von 16 Goldmark bis einschließlich 40 Goldmark das Fünffache dieser Schuld, von mehr als 40 Goldmark das Zehnfache.

Diese Staffelung trägt dem Gebot der Gerechtigkeit Rechnung, daß die größten Steuerzahler auch die größten Steuerzahler sind, das dem Umfang ihres Vermögens entspricht. Die Einnahmen aus diesem Zuschlag sind auf rund 12 Millionen geschätzt. Er kann und wird natürlich nur für das Rechnungsjahr 1923 erhoben werden; seine Wiederholung ist in keiner Weise beabsichtigt. Durch den Zuschlag wird zwar das Defizit, welches im Goldmarkt herbeigeführt, nicht aber findet das in seiner Höhe noch nicht feststehende Defizit Deckung der Zeit vom 1. April bis 14. November 1923. Außerdem ist dieses Defizitgewicht an verschiedenen sehr wichtigen Voraussetzungen gebunden: Die allgemeine Wirtschaftslage darf sich nicht weiter verschlechtern; die Zuschläge des Reiches zur Beamtenerhöhung müssen auch in den kommenden drei Monaten im selben Umfang erfolgen, wie dies im Finanzgleichgewicht vorgesehen ist; die Erwerbslosenfürsorge muß auch in demselben Umfang und alsbald fließende Steuern vom Reich überlassen werden.

Die Durchführung des Goldbetrags wird auf allen Gebieten äußerster Beschränkung zu bedürfen, das ist unübersehbar. Es wird streng darauf gesehen werden, daß die vorgelegenen Ausgaben unter keinen Umständen überschritten werden. Es ist wie schon gesagt, ein Armeleute-Geld, aber es ist wenigstens die Ordnung in den staatlichen Finanzen anzustreben zu erhalten. Es ist ein Ziel, dessen Durchföhrung von verschiedenen unserer Einrichtungen entzogenen Faktoren abhängt. Im eigenen Interesse aber wie in dem des Reichs müssen wir den vorgelegenen Weg gehen. Er ist steinig und steil, aber durchaus notwendig.

Die Steuerpolitik der Länder und Gemeinden über die direkten Steuern

wird auch vom Lande her erörtert. Dabei geht es aber bei und niemand der Forderung hin, daß allein schon durch die Hebertragung dieser Steuerlast auf die Länder ohne weiteres auch schon erhebliche Steuererlöse fließen werden. Es wird sehr harte Arbeit bedürfen, die Steuererlöse entsprechend umzuverteilen und dann auch den Veranlagungs- und Erhebungsapparat zu vereinfachen, wie allein in das Land sich noch leisten kann. Es wird auch zu beachten sein, daß mit der Hebertragung der Steuerlast die ganze Kampfe um die Befreiung sehr stark wickeln

Steuern — und andere werden gar nicht in Betracht kommen — in den Landtag und in die Bürgerausschüsse getragen werden. So einfach wie bisher wird es also künftig nicht mehr sein, wo man häufig lediglich an der „Berliner Steuerindustrie“ die hässliche Kritik angelegt hat.

Die Vereinfachung der Staatsverwaltung und der Personalabbau werden in Baden alsbald durchgeführt, weil die Finanzlage des Landes dieses kategorisch verlangt. Dabei ist es mir heute schon klar, daß der vom Reich verlangte Abbau von 25 Proz. in der vorhandenen Landesverwaltung in Baden ganz unmöglich ist. Die badische Verwaltung ist auch nach dem Krieg nicht so aufgeschwulstet worden, wie sie bei der stärksten Vereinfachung ¼ ihrer Beamten entlassen könnte. Daß bei der Vereinfachung der Verwaltung nicht einseitig vorgegangen, sondern die gesamte staatliche Organisation von Staatsministerium bis zur letzten Gliederstufe durchgegriffen werden wird, ist selbstverständlich. Und daß der Landtag selbst sich nicht ausschließlich wird, gehört nach meiner Meinung ebenso zu den Selbstverständlichkeiten.

Für das Land und seine Bewohner werden Einschränkungen schmerzlicher Art kommen; die jetzt festgestellten Besätze der Beamten zeigen, wieweit man sich jetzt zu versehen hat. Daß die Beamtenzahl, die ganze Zahl der Beamten allein, ist vollständig ausgeschöpft. Sie kann es auch gar nicht. Die ganze Volksgemeinschaft muß entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen werden — nicht nur in Worten, sondern durch die Tat. Diese Tat wird das Wert der kommenden Wochen sein.

Zur Frage des Beamtenabbaues

gehen der Schriftleitung fortwährend weitere Zuschriften zu, so daß gar nicht daran zu denken ist, daß sie alle veröffentlicht werden können. Wir müssen uns deshalb damit begnügen, aus den eingegangenen Manuskripten das Eine oder Andere herauszugreifen und, was öfters wiederholt wird, hier kurz zu zitieren.

Ohne Zweifel handelt es sich um eine jämerliche Operation. Aber Operationen nimmt man nur dann vor, wenn es auf anderem Weg nicht mehr geht. Oesterreich, dem es z. B. wieder besser geht, hat diese Operation mitgemacht und bis jetzt besser überstanden, als vorher gedacht. Es wird auch bei uns gehen. Aber darüber muß man sich klar sein: wenn das im Laufe der Zeit angesehene Vertrauen ganz verloren gehen soll, dann darf nicht summarisch sondern nur unter Beachtung der Grundzüge von Recht und Billigkeit vorgegangen werden; auch dann noch bleibt der Abbau schmerzlich genug, wird aber leichter hingenommen. Auch darf im Abbau nicht über die natürliche Grenze hinausgegangen werden und die natürliche Grenze ist dort, wo der Abbau das Gegenteil von dem hervorruft, was beabsichtigt ist, d. h. wo der Abbau dazu führt, daß schließlich teure Ersatzkräfte eingestellt werden müssen wegen Lebenserhaltung der Arbeitslosen. Reinesfalls darf es auch vorkommen, daß, wie es bei den Psychologen den Neugeborenen, ein Verfall abgelehnt wird. Es wird zwar auch das nicht so gemeint sein, wie es zunächst scheint. Denn die Beamtenzahl auch darüber, daß der Grundbesitz, Gleiches Recht für alle“ nicht verletzt wird. Da wird uns z. B. aus Karlsruhe geschrieben:

Es macht heute schon den Eindruck, daß man nur unten und in der Mitte abbaut und oben sehr langsam und bedächtig vorrückt. Wenn schon abgebaut werden muß, dann aber auch die Obereinstimmung. Dazu sollen die Referenten bei den Zentralbehörden auch in aller erster Linie mit gutem Beispiel vorangehen und an sich mit dem Abbau beginnen. Da hat man z. B. hier bei der Oberpostdirektion noch am 1. Oktober d. J. aus zwei Abteilungen deren drei gemacht. Was das notwendig ist und das im Reiches des Abbaues, der dort schon vor der Tür steht. Die Hauptaufgabe ist es, den Personalabbau trotz des geradezu verheerenden Rückgangs zu leisten, alle ihre höheren Beamten, an deren Lebensgröße sie schon in den Vorkriegsjahren frustriert zu halten. Nach dem Kriege sind bei den einzelnen Oberpostdirektionen mehrere Neuzustellungen auf dem Boden geschaffen, um den Personalabbau zu erleichtern. Statt nach einem verlorenen Krieg zu verurteilen und zu sperren — das Gegenteil. Da hat z. B. die hiesige Oberpostdirektion neben einem Präfixanten und drei Abteilungsleitern nicht weniger als 15 Mite mit eigenen Referenten. Da darunter sind solche mit nur einem, zwei, drei oder fünf Beamten! Da nurum fast nur die Geschäftsführer in wenigen Säulen zusammen und vorwärts auf hier? Dabei hat das kleine badische Land das nicht mehr Einwohner hat als Berlin, 2 Oberpostdirektionen. Warum denn das? Das größere Württemberg hat nur eine! Baden kommt mit einem Landesfinanzamt und mit einer Reichsbankdirektion aus, warum sollten zwei Oberpostdirektionen notwendig sein? Man fasse also den Abbau richtig auf und bause nicht nur unten und in der Mitte, sondern auch oben an. Auch die Post- und Telegraphenämter haben zwei höhere Beamte. Es hätte z. B. das hiesige Telegraphenamt vor dem Kriege zwei

höhere Beamte und heute deren fünf. Diese können das nicht voll beschäftigt sein! Heute müßte einer genaugen machen noch Oberpostdirektionen und Inspektoren in ausreichender Zahl vorhanden sind. Auch an den Verkehrsämtern sehe man das Messer an der richtigen Stelle und nicht an der falschen Stelle an. In dieser Stelle ist feiner schon empfohlen worden, die in der Reichsregierung stehenden Telegraphenbeamten, die einen unendlichen Fortschritt bei dem Staat Geisteskräfte abzubauen und sparen. Auch hier wird die Operationalen Schmerzen verursacht. Wenn man so die Operationalen von oberengenannten vereinfachen und sparen würde am rechten Fleck, dann — ja dann wäre ein großer Teil des st. Staatsapparats gerettet und der Staatsapparat müßte von selber gesunden. So aber scheint es, daß oben der gute Wille fehlt, auch an sich dem Hebel anzusetzen. Schon ist heute ein großer Teil dieser Beamten radikalisiert nach der einen oder anderen Seite hin. Man treibe das Spiel nicht zu weit. Schon nicht man von den internationalen Seite her die Beamtenzahl gegen die Republik stark zu machen. Man jagt ihnen, daß sie, so geht auch in der Republik; die Monarchie hätte nie eine Grundrechte angefaßt. Darum fort mit diesem Staatsbesitz. Hier gilt es auch für die Beamtenpartei, aufklärend zu wirken. Nicht die Republik ist schuld an unserem Elend, sondern der verlorenen Krieg mit dem Friedensvertrag. Aber die Republik muß Gerechtigkeit walten lassen über allen und Gerechtigkeit widerfahren lassen auch der Beamtenpartei. Darum nicht einseitige Abminderung, sondern solche nach Recht und Gerechtigkeit. In zu stark macht schmerzhaft — Eine aufzuklären und gerecht behandelte Beamtenpartei ist eine Stütze des Staates und vordemal auch unserer Republik. Da ist eine solche Aufgabe unserer Partei gestellt. Der alte Grundgedanke der Beamtenpartei muß auch hier festhalten. Wir unsere Beamten sind in Land und Reich mit unseren Angehörigen dafür Sorge tragen, daß diese alte Beamtenpartei auch beim Beamtenabbau oberhalb der Schiene bleibt; dann kann viel mehr auch diese Beamtenpartei die Sache bringen zum Wohle der Beamtenpartei, aber auch zum Wohle von Volk und Vaterland.

Die Besserung der kommt vor allem in der Zahl zum Ausmaß 80 000 heruntergeringereinstellungen statt. gen der Wirtschaftsbereitschaften. grad zeigt die meta gleichen in der Mar in der Geisen, der der Haushaltsabfindung angestellten und Leberthn schließt.

Baden.

Parteipolitik und Reichsfinanzen.

In der Frankfurter Rtg. Nr. 92 wird die schwierige Lage der Reichsfinanzen im Zusammenhang mit den Zahlungsschwierigkeiten bei der Auszahlung der Vermögensgegenstände besprochen. Die Lage sei weder für Arbeiter noch Anwohner besser, heißt es da richtig. Man fährt das Blatt weiter:

Die Finanzpolitik der Reichsregierung ist eine katastrophale. Sie ist nicht durchzuführen, sondern sie ist zu vermeiden. Die Beamten und andere Volksgenossen, die seit der Revolution für die Stärkung der Rechte und der Partei des Herrn Sinnes geschworen haben, dürfen sich nicht darüber beklagen, daß die Reichsregierung eine katastrophale Finanzpolitik betreibt. Die Reichsregierung hat die Beamten als Vertreter ihrer Interessen an und lassen es sich aneignen, durch ihre Organe in der demagogischen Weise sich der Beamtenpartei zu empfehlen. Die Kreuzzeitung, das Organ der Partei, die sich jetzt für die Partei in jeder Weise gegen eine gerechte Behandlung des Reiches gestraukt hat, findet heute auch den Mut, vom Reich einen Eingriff in die Substanz zu verlangen, um der akuten Finanznot zu steuern und den Beamten zu Hilfe zu kommen. Was man seit fünf Jahren in der wärenden Form bekämpft hat, wird mit einem Male als Selbstverständlichkeit empfohlen, weil man hofft, damit die Empörung der Beamten von sich selbst auf die nachrevolutionären Regierungen abzulassen und für die Beamten des nächsten Jahres Stimmung machen zu können. Schließen wird den Beamten damit letztlich nicht im geringsten.

Das Blatt hat damit nicht Unrecht. Die Rechte hat durch ihre Politik, nicht bloß ihre Steuerpolitik, ein gerüttelt Maß an Schuld, das es heute so nicht um unsere Finanzen. Ihre Seite gegen einzelne Persönlichkeiten, wie Erzberger und Rathenau, hat uns unglücklich geschadet und das Vertrauen der Welt in die Besserung der deutschen Zustände nicht aufkommen lassen. Vom Nord nach Süden nicht gefamte Formen an. Wohllich würde die Hege gegen das Kabinett Wirth. Und unter dem Kabinett, das bis jetzt am meisten das Vertrauen der Rechte besaß, wurde die Inflation ertrotzt und hoffnungslos.

Der Kaplan von Heiligenberg.

Roman aus der Zeit des Aufstandes von Sudetens. Von Graf Strachwitz.

Kun stand die feine graue Dame vor ihr — seine Mutter. Sie hob die dünnen Arme ihr entgegen: „Ich gebe Platz.“ Freude und doch leeres Bedauern.

Die Frau hat nahm das Mütterchen für Selbsten an ihr Herz, dann tastete sie mit den feinen Händen nach den Umhängen, schob sie beiseite, hob das allihende Gesicht, die geschlossenen Augen und die fiebernden Lippen: „Franz! — Franz! — dein Mütterchen ist da.“ warf sich über die Daarheit und küßte ihn zärtlich.

Der alte Ronger zog sie zurück: „Se kenna sich ansieda.“

„Oh, ich will mit ihm sterben.“

Nun müßte sich die alte Frau ein: „Ar sterbt nie, is überhaupt fa Tophus. Der Wile will mer'ich nie glaubt, ar hält mich immer fier a tummes Weibsbild.“

„No no — — —“ begütigte der im Hintergrunde und nahm ein Prisen zur Verhütung seiner Nerven.

in den Fenstern des Schlosses, als wenn tausend Flammen hinter den Mauern lohten.

Am Rande der Stadt, schon außerhalb der altertümlichen Gemäuer, lag das kleine Landhaus des Arztes Dr. Rode. Er war anwesend und sofort bereit. Er dachte an Tophus.

„Wer ist bei Ihnen krank,“ forschte er unterwegs, „doch nicht Ihre Frau, Herr Ronger?“

„Nein, a Weib.“

„Wohl ein Verwandter?“

„Ne, na, a Fremda.“

Dr. Rode sah nach dem Alten hinunter, der gebeugt am Krüschel neben ihm hinging. Er kannte ihn als redselig und wunderte sich über die kurzangebundenen Antworten. Vielleicht hatte ihm der Alte sein Wohlwollen entzogen, weil er zu den Katholiken hielt. — Er lächelte, trägt doch manch einer einen Mantel um sein wirkliches Gewand zu verbergen. Es ging halt doch um die Praxis, und wenn die Neuen wieder die Dummheit aufgeben hätten, würde er wieder das Gewand des Reichgläubigen zeigen, freilich, ein Geld war er nicht, und hatte kein Zeug zum Wärtner, Wer mochte nur der Kranke sein?

erzählte in seiner Hand, sofort erkannte er das schöne kenonische Antlitz trotz der Entstellung und der zerwühlten Haare.

Ein Teufel sah ihm auf, ein diabolisches Lächeln, Frau Theresie sah es: „Herr Doktor, ich bringe Ihnen mein Verzeihen, meine Hofnung entgegen als Mutter und als Katholikin. Ich nehme an, daß auch Sie eine solche Mutter haben.“

Noch immer die Lampe in der Hand, kartete er über den Kranken hinweg auf die Wand, voller Seltsamkeiten, sah eines, das die beste aller Mütter zu Füßen des Kreuzes darstellte, sah dieses Bild wieder, das er so oft als Kind über dem Lager seiner Mutter gesehen — Kindergebete zitterten durch seine Seele, Kindersprüche flanden in seinem Herzen auf — da wandte er sich um und sah der kleinen topperen Frau in die grauen Leidenaugen: „Sie können vertrauen, ich weiß, was ich einer Mutter schuldig bin.“

„Sie nicht, reichte ihm die feine Hand, nahm ihm die Lampe ab und hielt sie mit voller Ruhe, ohne Fäden und Bittern zur Unterjuchung. „Lidlich das Resultat: „Kein Tophus — Nervenfieber.“

Stidust in Heiligenberg Gassen und im Schloß. Unten die Reichen im Weinhaus, oben die Gräfin aufgebahrt in der Kapelle, und niemand der sie zur letzten Stätte begleiten konnte, der sie noch einmal einsegnen durfte. Die beiden letzten Priester der zweiten Umgebung waren längst in den Kerker abgeführt. Der Kaplan Koller, allein auf den Nachhosen gestellt, zum Mann gereift, suchte seine Schäflein über Weilergebiete zu betreuen. Daher Annahmung von Parzellen in priesterlosen Pfarren, also Gefängnis. Er fand durch die Polizei den Weg in den Staatskerker von Finckenstein, fiel dem einst so gefürchteten Dekanaten um den Hals,

läßte ihm die Hände, einst strenger mahnender Borgoghter und sträubender Untergebener, jetzt Vater und Sohn, Brüder in Christo.

Auch der letzte Akt im Kreise Hertenslein, der Pfarrer der Kreisstadt, der durch persönliche Beziehungen zum Landrat und durch seine Diplomatie sich seiner Gemeinde erhalten, auch er mußte den Lebensweg gehen, weil er Geschäft übergenommen, die der Dekanatsamt geführt, Rechte beansprucht, Märsche übertrien hatte. Jeder Priester in Haft und Bann. Die pestartige geschwängerte Luft hing auf, trieb Krankheiten in die Höhe, Reiden gellerten sich zu Reiden, Brotkranten, Juden, Neuz. Katholiken starben nebeneinander, aber die Katholiken blieben unberührt, der einzige Priester in weiter Umgebung im Hinterbüßen des Kirchenvater, müde Leben und Tod.

Endlich gelang es dem Einfluß der Kammerbergischen Familie, Nachrichten an die Kaiserin Augusta zu bringen. Inzwischen hatte der Oberpräsident zur Beseitigung der unglücklichen Zustände den einen oder anderen katholischen Priester aufgefördert, nach Heiligenberg zu gehen. Aber keiner war bereit ohne die Erlaubnis seines Bischofs. Der katholische Professor kam nach Heiligenberg, wollte bezeugen, einsegnen, aber die Katholiken wollten die Totenkapelle Tag und Nacht bewacht, lieber unbedient bleiben, als von Abtrünnigen geknecht zu werden. Endlich mußte sich der Oberpräsident auf einen Wink von allerhöchster Stelle besuamen und die zurückgebliebene geistliche Behörde in der Widschloßstadt bitten, einen Priester zur Beerdigung der Toten im Namen des Bischofs zu entsenden. Der erste Anzeichen eines Nachgebens, das erste Eingestehen einer Niederlage, die ersten Vorklänge zum Ergasmach der Glaubenskreuze, von den Heiligenbergern ertrogen.

(Fortsetzung folgt.)

Manche von den Re... zungene Sparpoli... weil sie selber sch... ben vielleicht selb... gemacht, die dem M... half, sondern seine... wußt noch vergröß... die Mitte vergröß... müre uns manches... erbart gebilb... kommt bei Wahlen... sieder von Gefühlen

Parle

Karlruhe, 14. deutschnationalen Ba... schließung einmüti... Angelegenheit der Pa... ihre Heimat verlassen... ihr Brot zu verdienen... nicht werden die... Landtag geben, so... die Reichs... beg... gehend amtliche Erbe... seit 1918 einwand... stlichen Elemente u... stlich badmüßig mit... den, daß diese Juwa... ließe Elemente abge... stimmungen der Pa... die Erlangung des R... dahin zu ändern, da... diese Rechte gegenü... ersichert werden.

Aus dem

Die Besserung de... kommt vor allem in... teriffer zum Ausmaß... 80 000 heruntergeri... einstellungen statt... gen der Wirtschaftsb... bereitwilligkeiten. grad zeigt die meta... gleichen in der Mar... in der Geisen, der... der Haushaltsabfindung... angestellten und Le... berthn schließt.

Eine Schil

Wie wir von unte... zurzeit im Reichsa... gen über eine jo... lung steht, die so... nur in Kraft trete... mit den Parteien ha... voranschlagene Passu... den, besonders de... Tarifzwang durch di... den soll; auch von U... laut.

Baden.

Mannheim, 18. Dez... im Borräum der B... Mantelstücke ein Be... 6000 Goldmark in P... wurde ein Kolonial... heimgeführt, die ein... einem, Pflanzengest... schweie eingeschlagen... den sehr wertvolle B... Schwedinger, 19. D... Auf die Vorfellung... wegen der Erhalt... Schloßgartens... eine Nachprüfung... Entlassung der mit... Schloßgartens betra... darf hoffen, daß die

Der H

Er war einmal was... alle Wetter, was wo... für Bedeutung! Weip... eine Stelle im Hause u...

Heilerischer Augen... eingehenden Mütter... schließl. Im Weib... Manier: Wenn der... Wert bezeugt, das E... Rollen des Meters an... Rollen des Meters —... Köfen und sechs Hinte... Ansicht. Es sind drei... verloren gegangen, als... schmerzend den ande... wenn der eine sich auf... Pauschbüßel war er u... leugnen. Den Sau... Vater bei sich, den ande... für vorkommende Fälle... Die „Pöle“ kamen jette... von ungeheurer Wähtig... behandelt. Was für... ein anderes Familienm... tausch? Daß Vater... Vater war Familienob... doch, die länger... Vereinstimmungen zum... na, was so Männer co... ein Duerschlag. Wenn... dann hat's das gar kein... es — nach ein wurde... abends ausging, ging... he keinen Hausbüßel... Dienstbüßel? Die H... oder noch vor sein, so... mächden anfangen, ein... belamen die Hausfrau... ein, diesen Weifen? E... schließl? Ein „anständ... zu kommen, bevor die... Hausbüßel wurde E... auf Augen und Sitte... nach zehn war ein Abg...

Finanzielle Wochenschau.

Woche vom 9.—16. Dezember 1923.)

Von Prof. Dr. Gustav Mayer, Heidelberg-Wannheim. 1. Nachmals der Konkurrenzkampf zwischen Rentenmarkt und Papiermarkt.

Die Vorliebe der Wirtschaftsträger für die Papiermarkt gegenüber der Rentenmarkt — eine Vorliebe mit offenbar spekulativem Unterton — wurde im Laufe der Berichtswochen noch deutlicher und allgemeiner bemerkbar als in der Vorwoche. Dieser Tatsache ist ein Ergebnis der Regierungsinanzpolitik, das vorauszuweisen wir und hier längst vorhergezeigt wurde. Die Zweipartigkeit der Handlung, die hier von Anfang an gerügt wurde, die zwar Festwahrung nicht durch die Reichsbank, sondern durch die Rentenbank als Zentralnoteninstitut zu sehen, das erste also selbst überflüssig zu machen, mußte naturgemäß die Wirkung führen, daß die Frage aufgeworfen werden mußte, welche von den beiden Geldarten, die Rentenmarkt oder die Papiermarkt die bessere, also erstrebenswertere sei. In Wirklichkeit ist es natürlich ein Unding und keinem Geringeren als dem Reichsbankpräsidenten, warum ein Land ohne zwei Gelder im Umlauf hält. Und in der Tat, mit der genügenden Einführung der Rentenmarkt wird die Reichsbank als Zentralnoteninstitut eine überflüssige Erscheinung. Aber man hat diesen Ueberflüssigkeit dadurch verhindert, daß man die Papiermarkt beschränkt hat, also nicht um des Volkes willen, sondern der Reichsbank wegen. Und jetzt ist man gezwungen, die Wichtigkeit des Papiermarkt-umsatzes dauernd über Gebühr aufzubauschen, wenn schon der ganze Papiermarktumsatz auf der Produktion von Rentenmarkt innerhalb einer Woche eingezogen werden könnte. Aber dies würde dann der Reichsbank die Beschäftigung wegnehmen, daher mußte die Reichsbank erhalten bleiben, also für einen unproduktiven wirtschaftlichen Zweck. Mit der Papiermarkt hat die Reichsbank die Möglichkeit, sich finanzpolitisch stark zu machen und jederzeit auf die Rentenbank einen Druck auszuüben. Die Rentenbank mußte um die Duldung durch die Reichsbank durch die Erklärung der Reichsbank zuteil kommen, daß die Rentenbank jederzeit in Papiermarkt umtauschen. Dadurch ist ein gewisses friedliches Nebeneinander der beiden Institute zum Ausdruck gebracht, die Ueberflüssigkeit der Reichsbank aber neben der Rentenbank als eigentliches Zentralnoteninstitut mit dem überwiegen Geldumsatz ist nicht bestritten. Einem der beiden Institute, gegenwärtig der Reichsbank, muß deswegen von der Regierungsinanzpolitik eine übertriebene Wichtigkeit beigegeben, in der Zeit des sogenannten Beamtenabbaues also eine Ausnahme von einem Umlauf gemacht werden, welche die Papiermarkt

nicht wert ist. Die vollständige Beibehaltung der Reichsbank und die Aufzuehung der Rentenbank durch sie ist der einzige empfehlenswerte Weg, unsere Finanzpolitik in die sichere Bahn einer reinen einheitlichen Festwahrung zu bringen.

2. Suggestion von Berlin aus über unsere wirtschaftliche Lage.

In einem Aufsatz über Festwahrung, Geldumsatz und Grundpreisregulierung im Zusammenhang mit Beamten- und Angestelltengehältern, Beamtenabbau, Arbeiterlöhnen, Betrieb von Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Handel sowie freier Berufstätigkeit will ich in den nächsten Tagen einen letzten Versuch machen, dem deutschen Volke zu zeigen, wo die stärkere Ursache seiner heutigen Not liegt. Jetzt schon möchte ich mich dagegen wenden, daß man uns von Berlin aus in inspirierten Kritiken vor den kommenden Steuern gaulen möchte will. Bevor man nicht die Desorganisation des Geldwesens beseitigt hat, soll man in Berlin lieber solche Zukunftsbilder zu malen unterlassen. Wieder sagt man uns, daß ohne internationale Hilfe unsere Währungsreform unmöglich ist. Das Gegenteil ist doch der Fall. Das Ausland will uns doch mit Hilfe einer solchen Unterfertigung höchstens wirtschaftlich in seine Gewalt bekommen. Ein Volk, das nach fremder Hilfe bettelt statt zu arbeiten, darf sich nicht wundern, wenn ihm diese Hilfe verweigert bleibt, bei unseren desorganisierten Geldwesen war jedoch ein rationelles Arbeiten seit Jahr und Tag nicht mehr möglich. Daß wir unsere Währung zu reformieren vermögen ohne das Ausland heranzuziehen, zeigt sich ganz deutlich, seit Inbezug auf die Rentenmarkt das getan wird, was hier inbezug auf die neue Festwahrung schon im August gefordert wurde, nämlich die Sperrung vom Ausland und der Einkauf im Ausland mit Devisen. Auch eine weitere wichtige Forderung, die ebenfalls hier von Anfang an gestellt wurde, ist praktisch auf die Rentenmarkt übertragen, nämlich der Zwangsausweis auf Goldbasis. Dadurch daß die Rentenmarkt in Papiermarkt von der Reichsbank einzutauschen wird, die Rentenmarkt aber als geldliches Zahlungsmittel Zwangsausweis besitzt, ist die Rentenmarkt praktisch ebenfalls zum geldlichen Zahlungsmittel geworden, das also indirekt ebenfalls Zwangsausweis. Die Rentenbank könnte zwar ihr Augenmerk auf die Rentenbank, die Rentenmarkt jederzeit in Papiermarkt umtauschen, theoretisch wieder zurückziehen, tatsächlich wird es, da die Rentenbank wie sie unter Mitwirkung des Reiches gegründet ist, nicht wagen dürfen ohne den letzten Rest von Ansehen zu untergeben. Und die Wirkung dieses Zwangsausweises in Verbindung mit der Sperrung vom Ausland ist die hier bei Veröffentlichung meines Währungsreformvorschlages schon vorhergesagt, nämlich die Erreichung des Festfußes ohne fremde Hilfe. Die deutsche Geldmarkt steht heute auf par, sie kann es auch dauernd, solange wir sie nicht ausführen und vom mis-

glückigen Auslande herunterreißen lassen. Damit ist bewiesen, was hier immer und zwar schon Ende Juli behauptet wurde, daß ein Volk seinen nationalen Wertmesser konstant erhalten kann, auch dann noch, wenn seine Zahlungsbilanz passiv ist. Die Leser dieser Berichte werden finden, daß sich die Rentenmarkt im Stillen fast vollständig auf den Währungsreformvorschlages des Verfassers eingestellt hat, denn auch die Deckung ist bei ihrer Beschränkung auf den Inlandsverkehr vollständig zwecklos. Sie ist auch rechtlich grobenteils gar nicht entstanden, da die Rentenmarkt nicht über die Hypothekenschuldner ausgegeben wurde, welche die Deckung hergeben sollten, eine Hypothekensicherung kann aber nur entstehen, wenn das Darlehen an den Schuldner auch wirklich ausbezahlt wird. Konstruktiv kann also die Rentenmarkt auch als Festmarkt nach meinem Währungsreformvorschlages angesehen werden, denn man wird die Maßnahmen der Sperrung vom Ausland und des Zwangsausweises in Karikatur mit dem der Papiermarkt nicht mehr befehlen können, ohne sie völlig zum Zusammenbruch zu bringen. Um das Wirtschaften weiter Volkstreu gegen die Rentenmarkt, der man einfach den Namen Festmarkt geben soll, zu befehlen, muß man den Zwangsausweis mit Rentenmarkt und Papiermarkt baldmöglichst aufheben, die Rentenmarkt beschränken und die Rentenbank in die Reichsbank überführen. Wenn man noch um einen Reichsbankpräsidenten verlegen ist, kann man ja gleich den Präsidenten der Rentenbank zum Reichsbankpräsidenten machen.

Um die Festmarkt-Rentenmarkt für das deutsche Volk und seine Wirtschaft wirklich nutzbringend zu machen, muß bei der Bemessung ihrer Umlaufhöhe die von mir aufgedeckte Substanzhöhe der Wäre über den Wert des Geldumsatzes unserer Wirtschaft beachtet und die praktischen Folgerungen daraus gezogen werden. Geschieht dies, so wird es möglich sein, die größte Not des deutschen Volkes, aus der heute niemand einen Ausweg sehen will, ebenfalls zu beseitigen. Näheres hierüber werde ich in dem erwähnten Aufsatz auseinandersetzen.

Mit Genehmigung wird es die Leser dieser Berichte erfüllen, daß die hier vor acht oder zehn Wochen unter persönlicher Aufsichtung des Herrn Reichsbankpräsidenten Stresemann bezügliche Steuerreform, nämlich die Vermehrung des Besitztums durch die Anfallenswechselkredite, neuerdings wie durch die Presse gina, auch von anderer Seite erwidert wurde und dem Reichsamt für die Besteuerung vorkam. Wenn Herr Stresemann meinen Vorschlag gleich beachtet hätte, hätten wir heute kaum noch Steuerfragen. Hoffentlich wird aber jetzt die Ausbeute recht ergiebig, jedoch die Substanz durch die Steuern auch an der richtigen Stelle erhöht werden, nämlich da, wo sie durch Kreditgeber angehäuft worden ist.

Berlin, 18. Dez. (Börsestimungsbild.) Die Kursbewegung der Markt im Auslande vollzieht sich in ruhigen Bahnen. Die Marktbewertungen entsprechen ziemlich den Berliner Devisenkursen. Die Verhandlungen zwischen dem deutschen Geschäftsträger in Paris und der französischen Regierung verlaufen unter dem gegenwärtig abwechselnden Umständen verhältnismäßig befriedigend, jedoch man in hiesigen Finanzkreisen hofft, daß der Moment gekommen sei, wo das Reparationsproblem und die Rhein- und Ruhrfrage einer Lösung entgegengeführt werden können. In Anbetracht dieser Sachlage rechnet man weiter mit ziemlich stabilen Markt- und Devisenkursen. Infolgedessen macht sich in weiteren Kreisen die Auffassung bemerkbar, daß es jetzt zwecklos sei, große Kapitalien in ausländischen Zahlungsmitteln festzulegen und die vorhandenen Gelder entweder im eigenen Betrieb oder in Effekten anzulegen. Dieser Umstellungsprozeß, der schon an der gestrigen Börse bemerkbar war, dauert offenbar noch an. Allerdings geht sich das Bestreben, Devisen von Hand zu Hand zu handeln. Es dürfte daher der Zeitpunkt gekommen sein, durch eine Lockerung der Devisenverordnung die Möglichkeit für den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln wieder herzustellen. Deutscher Devisen auf der Basis der amtlichen Kurse eher anbieten. Die Nachfrage im amtlichen Verkehr war nicht besonders groß. Die amtlichen Notierungen blieben unverändert. Es wurden auf die Hauptdevisen 6 und auf den anderen Währungen 15 bis 20 Prozent zugelegt. Die Tendenz der Effekten blieb infolge einer zuverlässigen Beurteilung der politischen und der wirtschaftlichen Lage im allgemeinen freundlich. Allerdings kommt diese Tendenz vorläufig in Kursbewertungen auch dadurch zum Ausdruck, weil das Geschäft infolge der bevorstehenden Ueberprüfung des Börsenverkehrs durch das Reichsamt für die Besteuerung nur noch einen äußerst geringen Umfang hat. Man nannte heute u. a. folgende Kurse: Deutsche Bank 12, Rhein 45-80, R. G. B. 11-12, Geletr. Licht und Kraft 12. Goldanleihe reiflich angeboten; sie wurden unverändert notiert bei voller Beteiligung.

Die Wirtschaftszahlen

sind bei gleichbleibendem Dollarstand unverändert

Wetterbericht

Der badischen Landesamtsleiter Karlsruhe. Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag, 20. Dez.: Meist trüb, Niederschläge zumeist in Gebirge in Schnee übergehend, sinkende Temperaturen, neblig.

Advertisement for Monika Knapp, a widow seeking a partner. Text: Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe Gattin und Mutter Monika Knapp... In tiefer Trauer: Wilhelm Knapp, Zuckföhner, Heinrich Knapp, Mouschwitz, Maria Magdalena Knapp, Josef Knapp, Veronika Knapp.

Advertisement for Fidelity Beer (Fidelitas Bier). Text: Sollte an keinem Festtag fehlen! Includes an image of beer bottles and a logo with a crown and the word 'Fidelitas'.

Advertisement for Harmonium. Text: Genussreiche Stunden verschaffen an Harmonium. Includes an image of a harmonium.

Advertisement for Ankauf Gold-, Silber-, Platin-, Gold- und Silberwaren. Text: Ankauf Gold-, Silber-, Platin-, Gold- und Silberwaren. Includes an image of jewelry.

Advertisement for Brot u. Fleisch. Text: Brot u. Fleisch werden billiger bei Anschaffung eines Weber Backofens. Includes an image of a bread oven.

Advertisement for Berland-Verlag Eberfeld. Text: Berland-Verlag Eberfeld. Neuerscheinungen von Henriette Brey: Das Licht der Welt, Nur den Saum seines Gewandes... Includes an image of a woman's face.

Advertisement for Harmonium. Text: Genussreiche Stunden verschaffen an Harmonium. Includes an image of a harmonium.

Advertisement for Ankauf Gold-, Silber-, Platin-, Gold- und Silberwaren. Text: Ankauf Gold-, Silber-, Platin-, Gold- und Silberwaren. Includes an image of jewelry.

Advertisement for Brot u. Fleisch. Text: Brot u. Fleisch werden billiger bei Anschaffung eines Weber Backofens. Includes an image of a bread oven.

Advertisement for Methode Ritter. Text: Methode Ritter Sprachlehre Institut. Includes an image of a book.

Advertisement for Leopoldstr. i. Text: Leopoldstr. i. (am Kaiserplatz). Keine Nachzahlungen.

Advertisement for Passendes Weihnachtsgeschenk Schlitten. Text: Passendes Weihnachtsgeschenk Schlitten. Includes an image of a sled.

Advertisement for Friedrichsbad u. Vierortbad. Text: Friedrichsbad u. Vierortbad. Bäder-Preisabschlag: Wannenbäder.

Advertisement for Briefe aus der Residenz. Text: Briefe aus der Residenz von Euschtadius Dintemüller. Includes an image of a letter.

Advertisement for Methode Ritter. Text: Methode Ritter Sprachlehre Institut. Includes an image of a book.

Advertisement for Passendes Weihnachtsgeschenk Schlitten. Text: Passendes Weihnachtsgeschenk Schlitten. Includes an image of a sled.

Advertisement for Prinz Friedrich von Homburg. Text: Prinz Friedrich von Homburg. Includes an image of a portrait.

Advertisement for Das bayerische Gesetz. Text: Das bayerische Gesetz. Includes an image of a document.

Advertisement for Methode Ritter. Text: Methode Ritter Sprachlehre Institut. Includes an image of a book.

Advertisement for Passendes Weihnachtsgeschenk Schlitten. Text: Passendes Weihnachtsgeschenk Schlitten. Includes an image of a sled.

Advertisement for Prinz Friedrich von Homburg. Text: Prinz Friedrich von Homburg. Includes an image of a portrait.